



KAPITALISMUS TOTAL GLOBAL

Es ist noch nicht lange her, da galt das Modell Deutschland als Exportschlager, als Muster einer funktionsfähigen Volkswirtschaft. Dann fielen in Europa die Grenzen, und auch China wandte sich der Marktwirtschaft zu. Plötzlich tauchten neue, viel billigere Konkurrenten auf. Seither hat sich der weltweite Wettbewerb enorm verschärft, die deutschen Unternehmen gerieten gewaltig unter Druck. Um Kosten

zu sparen, verkleinerten sie ihre Belegschaften oder verlagerten Teile der Produktion ins Ausland. Gleichzeitig drängten immer mehr Billigarbeiter ins Land. Wie wird Deutschland diese Herausforderung bestehen? Müssen die Löhne auf osteuropäisches oder chinesisches Niveau sinken? In einer zehnteiligen Serie beschreibt der SPIEGEL die Folgen der Globalisierung: die Macht der Finanzindustrie, die Ohnmacht der Beschäftigten und die Überlebensstrategien der Unternehmen – und die Konsequenzen für die Politik.

Das globale Job-Roulette

Niedriglöhne und Jobverlagerung auf der einen Seite, Millionengehälter und Rekordgewinne auf der anderen: Die deutschen Arbeitnehmer sind die Verlierer, die großen Konzerne die Gewinner der Globalisierung. Kann die Politik diese Entwicklung stoppen?



Wertfarbeiter (in Rostock): Der Fall des Eisernen

Um sechs Uhr an einem Samstagmorgen waren sie plötzlich da. Mit gezückten Messern und nagelneuen Schürzen standen sie in einem Schlachthof im Ruhrgebiet. Der Oldenburger André Sydow, 32, wusste sofort, was los war: Die Polen waren drinnen, und er würde gleich draußen sein. „Die arbeiten jetzt hier“, sagte der Vorarbeiter, „du zeigst denen mal, wie das geht, und machst dann Feierabend.“

So hat Sydow im September seinen Job als Zerleger verloren, mal wieder bei Schichtbeginn, zum dritten Mal innerhalb von vier Monaten. An Billiglöhner aus dem Osten, herangekarrt in der Kolonne, ausgestattet mit neuem Arbeitszeug.

Willy Sedelmayer, 45, hat einen Job, und der war in den vergangenen Wochen besonders anstrengend: Als Betriebsratsvorsitzender beim Siemens-Automobilzulieferer VDO in Würzburg vertritt er 1600 Kollegen. Und die mussten in den vergangenen Wochen um ihre Arbeitsplätze kämpfen, obwohl ihr Betrieb seit Jahren ordentliche Gewinne macht.

Der Konzern drohte damit, einen Großteil der Jobs nach Tschechien zu verlagern. Die restliche Belegschaft soll für das gleiche Geld deutlich länger arbeiten und zu-

dem auf anstehende Lohnerhöhungen und einen Großteil ihrer Pausen- und Schichtzulagen verzichten. „Die Geschäftsleitung lässt uns kaum Luft für Verhandlungen“, stöhnte er.

Zwei Menschen, zwei Schicksale, eine Gemeinsamkeit: André Sydow und Willy Sedelmayer sind Opfer der Globalisierung. Wie ihre Kollegen. Wie immer mehr Deutsche.

Es sind solche Schicksale, die den Deutschen zunehmend Angst machen: Angst vor der Arbeitslosigkeit, Angst vor dem Verlust des jahrzehntelang vermehrten Wohlstands, Angst vor der Zukunft, Angst vor einer entfesselten Ökonomie.

Ein Jahr, nachdem die Europäische Union sich feierlich gen Osten ausweitete, zeigt sich, dass dieses historische Ereignis auch seine Schattenseiten hat. Mehr als je zuvor drängen Billigarbeiter aus dem Osten ins Land – und Deutsche aus dem Job: Fleischer, Handwerker, Bauarbeiter.

Gleichzeitig verlagern viele Unternehmen Teile ihrer Fertigung in den billigen Osten, der zudem mit niedrigen Steuern lockt – subventioniert von jener Brüsseler Eurokratie, die sich das Geld dafür auch und vor allem in Berlin holt. Oder die

Firmen gehen nach China oder Indien. Oder sie drohen mit der Abwanderung, um ihren Belegschaften Zugeständnisse abzupressen.

Das Klima ist eisig geworden in Deutschland. Es weht ein kalter Wind, und er weht vor allem aus dem Osten. Die Zahl der Arbeitslosen steigt scheinbar unaufhaltsam. Wer noch Arbeit hat, verdient oft weniger Geld als noch vor einigen Jahren.

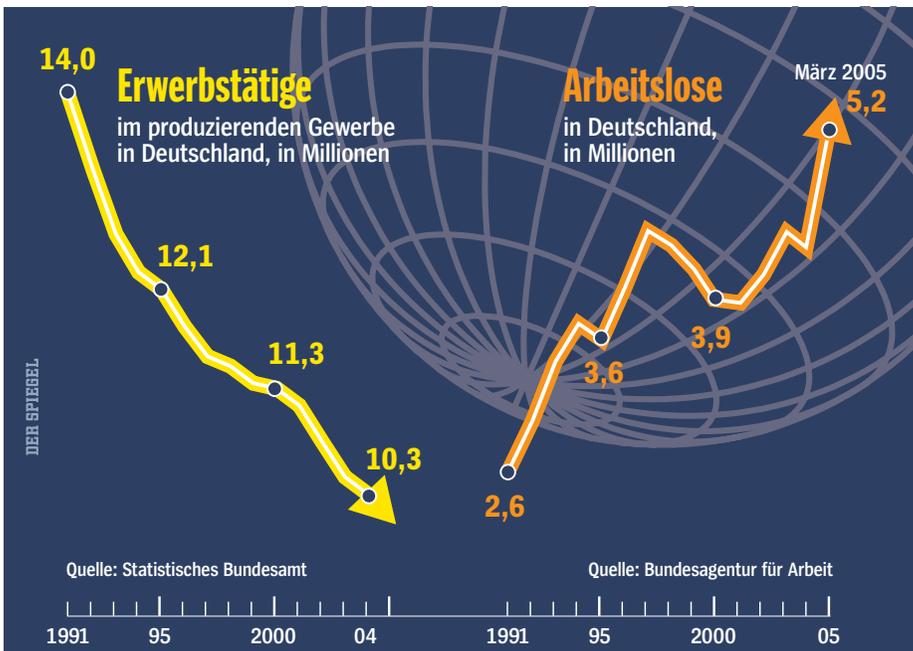
In vielen Betrieben wird alles, was nicht tariflich geregelt ist, gekappt oder gestrichen, das Weihnachtsgeld, die übertariflichen Zulagen, selbst die Pinkelpause. Oft verzichten die Arbeitnehmer mehr oder weniger freiwillig auf einen Teil ihres Einkommens, damit ihre Jobs nicht ins Ausland verschwinden.

Die Arbeitnehmer fühlen sich bedroht, sie sind erpressbar geworden. Denn was sie verkaufen, ihre Arbeitskraft, wird von anderen viel billiger angeboten: Sie konkurrieren mit Millionen Menschen, für die selbst deutsche Dumpinglöhne Spit-



BERND WÜSTNECK / DPA

Vorhangs hat die Wettbewerbsverhältnisse radikal verändert



zengagen bedeuten. Sie sind auf dem globalen Arbeitsmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Sie sind die Verlierer der Globalisierung.

Gewinner gibt es natürlich auch: hochqualifizierte Arbeitnehmer, die schwer zu ersetzen sind, Manager, die ihre Unternehmen auf Profit trimmen und dafür Millionengehälter bekommen. Und natürlich die Konzerne selbst: Sie können sich den besten Standort aussuchen und dort produzieren, wo Löhne und Steuern besonders niedrig sind. Ihre Stammebelegschaften zu Hause schrumpfen, ihre Arbeitnehmer müssen für weniger oder fürs gleiche Geld länger arbeiten. Kein Wunder, dass die Renditen steigen.

Es ist diese Gleichzeitigkeit von Rekordarbeitslosigkeit und Rekordgewinnen, von Niedriglöhnen und Millionengehältern für Manager, die viele Menschen wütend macht und das Vertrauen in das Wirtschaftssystem unterspült – ebenso wie das Vertrauen in die Politiker, die sich in den



Spargelbauer Thiermann, Saisonarbeiter: Von 100 Deutschen halten 10 durch

Augen vieler Wähler den Zwängen der Ökonomie unterwerfen.

Die Hilflosigkeit der Politiker kann auch ihre betont kraftvolle Rhetorik nicht verdecken. Gegen die „Macht des Kapitals“ und die „totale Ökonomisierung“ wettet der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering neuerdings. Wie er diese Macht brechen will, sagte er nicht.

„Schafft endlich Jobs!“, rief Bundeskanzler Gerhard Schröder vor kurzem via „Bild am Sonntag“ den Unternehmern zu. Das ständige Gerede von der Verlagerung der Betriebsstätten und Arbeitsplätze müsse endlich aufhören.

Immer wenn Wahlkampf ist irgendwo in Deutschland, entdecken die Sozialdemokraten die Sorgen der Arbeitnehmer. Die Sorgen sind real, die Hoffnungen, die die Politiker mit ihren Reden wecken, sind es nicht.

„Wir können nicht zulassen, dass es Leute gibt, die Arbeiter aus dem europäischen Ausland holen, sie für ein paar Kröten arbeiten lassen und damit gesunde deutsche Betriebe kaputt machen“, forderte Schröder im nordrhein-westfälischen Wahlkampf. Doch was kann die Regierung gegen Billiglöhner tun? Soll sie überhaupt etwas tun?

Ökonomisch spricht viel für politische Zurückhaltung: Die billigen Arbeitskräfte helfen Betrieben, im mörderischen Wettbewerb zu bestehen. Wer die Löhne künstlich anhebt, sorgt im Zweifel nur dafür, dass die Betriebe abwandern.

Und profitieren nicht alle von niedrigen Preisen? Wer könnte sich noch Spargel leisten, wenn sie nicht von Saisonarbeitern aus dem Osten gestochen würden? Wer hat nicht schon oft über deutsche Handwerker tarife geklagt und seine Fliesen schwarz verlegen lassen? Jetzt macht es ein Pole ganz legal zum halben Preis.

Seit der EU-Erweiterung können Osteuropäer im alten Europa ein Gewerbe an-

melden. Davon machen sie reichlich Gebrauch. Die Handwerkskammern registrieren quer durch die Republik eine wahre Gründungswelle.

Besonders populär: Gewerke wie Fliesenleger oder Gebäudereiniger, für die kein Meisterbrief nötig ist. In der Region München zum Beispiel ging die Zahl der Gewerbeanmeldungen durch EU-Osteuropäer drastisch nach oben. Waren es in den Monaten vor der Erweiterung gerade mal 8 Einträge, ist die Zahl bis Jahresende auf 999 gestiegen. Und im sonst so investitionsschwachen Berlin meldeten sich im ersten Quartal dieses Jahres allein 518 polnische Handwerker neu an.

Mirosław Okolski, 31, arbeitet seit 1992 in Berlin, und bislang lief bei ihm „viele ohne Rechnung“. Inzwischen ist der einstige Schwarzarbeiter zum Selbständigen avanciert und verschönert für rund 15 Euro pro Stunde die Berliner Wohnungen, verlegt Rohre oder baut auch mal Fenster und Türen ein.

Doch der Jungunternehmer sorgt sich um die Zukunft. Seit immer mehr Landsleute nach Berlin drängen, fallen die Preise. Nur noch fünf Euro pro Stunde würden einige Kollegen verlangen, erzählt Okolski. „Wir wollen nicht, dass so viele kommen. Es ist eine Katastrophe momentan.“

Neben der Polnischen Katholischen Mission in der St.-Johannes-Basilika in Neukölln gibt es die Börse der Billigkräfte von Berlin: Dutzende Zettel mit Angeboten auf Polnisch und Deutsch hängen dort in den Cafés und an den Laternenpfählen der Umgebung.

Offener Arbeitsmarkt

Legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger der EU-Beitrittsländer in Deutschland

SELBSTÄNDIGE

Die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit gilt ohne Einschränkung für alle Mitgliedstaaten der EU. So kann jeder EU-Bürger im gesetzlichen Rahmen des jeweiligen Landes eine selbständige Tätigkeit aufnehmen. Die Gründungen der osteuropäischen Betriebe konzentrieren sich mit weitem Abstand auf die Gewerke Fliesen-, Platten- und Mosaikleger sowie Gebäudereiniger.

Mindestens 4400 Betriebe wurden 2004 von Handwerkern aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern gegründet.

ENTSENDUNG VON ARBEITNEHMERN

Pflegekräfte, Handwerker und Fleischer aus den Beitrittsstaaten dürfen in andere Mitgliedstaaten vorübergehend als Arbeitnehmer im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit entsendet werden. Keine gesetzliche Regelung über Mindestlöhne.

WERKVERTRAGSABKOMMEN

Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten dürfen nur im Rahmen von Werkvertragsabkommen in folgende Branchen entsendet werden:

- ▶ Baugewerbe
- ▶ Innendekoration
- ▶ Gebäudereinigung

Über die Arbeitserlaubnis entscheiden in jedem Einzelfall die örtlichen Arbeitsagenturen. Die Kontingente sind pro Herkunftsland begrenzt. Für das Baugewerbe gilt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, in dem unter anderem Mindestlöhne festgeschrieben sind.

41 660 Werkarbeitsverträge hat die Bundesregierung den Beitrittsstaaten im Monatsdurchschnitt als Kontingent zugesagt.

SAISONARBEITNEHMER

aus den neuen Mitgliedstaaten können bis zu vier Monate im Jahr z. B. in der Land- und Forstwirtschaft oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe eine Arbeitsgenehmigung erhalten. Fast 90 Prozent der Saisonarbeitnehmer kamen 2004 aus Polen.

324 034 Arbeitserlaubnisverfahren für ausländische Saisonarbeiter gab es 2004.



JOERG MUELLER / VISUM (L + M); CHRISTIAN LEHSTEN / ARGUM (R.)

Polnische Fliesenleger (in Hannover), Schlachthof (in München): Profitieren nicht alle von niedrigen Preisen?

Eine Frau aus Szczecin sucht eine Stelle als „Putzfee bei Privat. Auch Bügeln, kein Sex“. Ein junger Pole bemüht sich um „Arbeit im Bereich Laminat sowie Haus, sehr zuverlässig“, der Preis sei „VH“ – Verhandlungssache. Andere schreiben ihre Tarife gleich dazu. Fünf bis zehn Euro für Fliesenarbeiten, drei bis sieben Euro für Putzdienste.

Wirslaw Radke aus Gryfino arbeitet als einer von 38 Fahrern des Fliegel Textilservice. Das Berliner Unternehmen erledigt für Hotels die komplette Wäsche inklusive Abholung, Reinigung und Kragenfaltung per Hand – wahlweise nach innen oder nach außen.

„In Deutschland könnte das niemand bezahlen“, sagt Geschäftsführer Franz-Josef Wiesemann, „wir machen das deshalb schon seit Jahren in Polen.“ 380 Leute beschäftigt Fliegel inzwischen in der Wäscherei in Nowe Czarnowo bei Szczecin.

Wenn alles gut geht, ist Fahrer Radke in rund drei Stunden in Nowe Czarnowo und kann seine 44 Container voll mit schmutzigen Handtüchern, Bettlaken und Bademänteln pünktlich abliefern. Gewaschen wird im Schichtbetrieb, rund um die Uhr, sieben Tage die Woche. Schon am nächsten Morgen fährt Radke die Tour zurück.

Umgerechnet drei Euro verdient eine Waschkraft in Polen pro Stunde. In Deutschland müsse man das Doppelte bis Dreifache bezahlen, schätzt Wiesemann. „Und ob die Leute so motiviert sind wie unsere Polen, wage ich zu bezweifeln.“

Niedrige Löhne, hohe Leistung – das ist auch der Grund, weshalb Landwirt Heinrich Thiermann auf polnische Saisonarbeiter setzt. 22 Kleintransporter stehen auf seinem Hof, daneben ausrangierte Linienbusse: Verkehrsmittel für knapp 1000 osteuropäische Spargelstecher.

Thiermann denkt in einem Maßstab von 900 Fußballfeldern – so groß ist seine Erntefläche rund um das niedersächsische

Kirchdorf. Weitere Anbauflächen hat der schwergewichtige Landwirt in Brandenburg gepachtet. Der Bedarf an Arbeitskräften ist enorm. Als Hauptlieferant für Aldi und Edeka ist die Thiermann GmbH zu Deutschlands größtem Spargelproduzenten aufgestiegen.

Trotz mehr als fünf Millionen Arbeitsloser in Deutschland greift der Betrieb fast ausschließlich auf Osteuropäer zurück, die für 5,42 Euro Stundenlohn schufteln – sonntags wie werktags, bei Regen wie bei Sonnenschein. „Wir stehen in direktem Wettbewerb mit Griechen, die Türken für ihre Betriebe anwerben, und Spaniern, die Nordafrikaner einstellen“, beschreibt Thiermann die neuen Völkerwanderungen der Generation Global. Höhere Löhne, die auch Deutsche motivieren könnten, seien deshalb utopisch.

Ausgebeutet fühlen sich Arbeiter wie Wieslaw Slabicki nicht. Seit elf Jahren krümmt er zwischen April und Juni seinen Rücken, bis zu 400 Spargelstangen sticht er pro Stunde aus der Erde. Er ist einer der Schnellsten auf Hof Thiermann. Seinen Stundenlohn kann er durch Leistungsprämien erhöhen. Das Kreuz schmerzt. Und die Hände, vom Graben in den Spargeldämmen gezeichnet, schwellen nach wenigen Tagen an.

1997 ließ Thiermann an seinem Hof die Leistungsfähigkeit von Deutschen und Polen vergleichen. Ergebnis: Während die Deutschen im Durchschnitt pro Stunde rund drei Kilogramm Spargel ans Tageslicht beförderten, zogen polnische Saisonarbeiter mehr als sieben Kilogramm aus dem Boden.

Damit die Arbeitslosenquote in seinem Bezirk nicht noch höher als auf die aktuellen 10,8 Prozent ansteigt, muss Thiermann einen Teil seiner Arbeitskräfte vom Arbeitsamt akquirieren. Doch von 100 Erntehelfern, die ihm die Agentur vorschlägt, „halten höchstens 10 durch“. Vie-

le melden sich schon vorher krank. Tiermann braucht die Arbeiter aus dem Osten. Sonst kann er die reibungslose Belieferung seiner Kunden nicht garantieren.

„Damit sichere ich doch auch die 100 festen Arbeitsplätze im Inland von Mitarbeitern in Verwaltung und Vertrieb“, rechtfertigt sich der Großunternehmer.

Das ist die eine Seite des Problems, die ökonomische: Sie handelt von Unternehmern, die sich im Wettbewerb behaupten müssen, und von Verbrauchern, die die Preise drücken.

Die andere Seite ist die menschliche: Sie handelt von den Betroffenen, von ihrer Verzweiflung und ihrer Wut. Sie handelt von Menschen wie André Sydow, der im September seinen Job als Zerleger verlor.

Vor 15 Jahren fing er im Schlachthof an, 3000 Mark, manchmal 4000 Mark im Monat verdiente er damals, viel für einen 17-Jährigen mit Hauptschulabschluss. Er arbeitete sich hoch, vom Kühlhausreiniger zum Leiter der Grobzerlegung.

Irgendwann im vergangenen Sommer kamen dann die Polen mit einem Dolmetscher vorbei. Es wurden immer mehr, und irgendwann war er der letzte Deutsche am Schlachtband. Weil er als Einziger den Computer bedienen konnte, sagt Sydow. Als die Polen auch das konnten, war er weg.

André Sydow heuerte bei der Konkurrenz an: „Nach zwei Wochen hieß es: Weniger Geld, sonst könnt ihr nach Hause gehen, und die Polen kommen.“ Er ging nicht nach Hause, sondern in den Schlachthof ins Ruhrgebiet. Zwei Monate hat er geschuftet bei 40 Grad Hitze im Schlachthaus, manchmal 16 Stunden ohne Pause, auch wenn das offiziell verboten war. Einige seiner Kollegen hätten aus Zeitnot öfter ins Kühlhaus gepinkelt, sagt Sydow. 13 Euro in der Stunde habe er verdient, die Polen waren dann auch dort billiger.

Er hat ein Gedicht geschrieben und es in eine Internet-Seite gestellt. Es geht so: „Sie



WOLFGANG VON BRAUCHTISCH

Deutsche Manager: Sind Unternehmer, die Arbeitsplätze verlagern, vaterlandslose Gesellen?

nehmen uns aus, sie schmeißen uns raus, sie tun nichts für uns, doch sie leben von uns! Sie nennen uns ihre Sklaven, und wenn wir kämpfen, werden sie uns jagen. Macht kaputt, was euch kaputtmacht!“

Menschen wie Sydow hatte die Regierung vor Augen, als sie vor wenigen Wochen eine Arbeitsgruppe unter dem furchteinflößenden Titel „Task-Force Dienstleistungsmissbrauchsbekämpfung“ einsetzte. Mitte des Monats stellte Wirtschafts-Staatssekretär Gerd Andres den fertigen Aktionsplan vor.

Nach dem Muster des sogenannten Entsendegesetzes für die Bauindustrie sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften künftig in allen Branchen tarifliche Mindestlöhne aushandeln. Diese schreibt die Regierung dann als verbindliche Verdienstgrenzen für In- wie Ausländer fest.

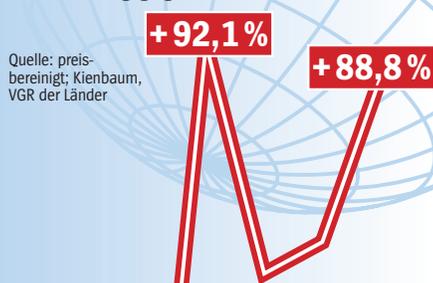
Und schon, so planen es zumindest die Experten aus dem Wirtschaftsministerium, hat es mit der Dumpingkonkurrenz osteuropäischer Billigarbeiter ein Ende: Weil sich Ausländer nicht länger unterhalb der deutschen Mindestlöhne verdingen dürfen, können hiesige Arbeitnehmer wieder mit ihren osteuropäischen Konkurrenten mithalten. Jedenfalls dann, wenn die Tarifparteien tatsächlich die erforderlichen bundesweiten Lohnverträge abschließen – und sich anschließend alle daran halten.

Dass der Plan, ganz nebenbei, die eigenen Arbeitsmarktreformen aushebeln würde, ist der Regierung egal. Sollte Hartz IV nicht dafür sorgen, dass hiesige Erwerbslose auch Jobs unter Tarif annehmen? Mag schon sein, räumte Staatssekretär Andres kürzlich ein. Doch jetzt gehe es der Regierung nun mal vor allem darum, „für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen“.

Vorstandsbezüge

deutscher Aktiengesellschaften;
Veränderung gegenüber 1997 in Prozent

Quelle: preisbereinigt; Kienbaum, VGR der Länder

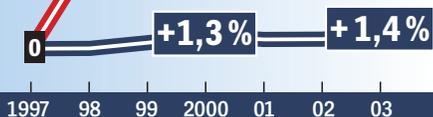


Durchschnittliche Vergütung je Vorstand 2004

Deutsche Bank	6,28 Mio. €
DaimlerChrysler	2,63 Mio. €
Bayer	2,41 Mio. €
BMW	1,98 Mio. €
BASF	1,75 Mio. €

Löhne und Gehälter

Veränderung gegenüber 1997 in Prozent



Genauso wenig kümmert es die Anti-Dumping-Kämpfer, dass die Erfahrungen mit Mindestlöhnen bislang äußerst durchgewachsen sind. Internationale Studien zeigen: Gesetzliche Mindestlöhne sind so lange unschädlich, solange sie ausreichend niedrig liegen: wie in den USA oder Großbritannien zum Beispiel, wo sie ein Drittel der Durchschnittslöhne ausmachen. Werden die Verdienste aber zu hoch angesetzt, kosten sie Stellen, fördern die Schwarzarbeit und schaden so gerade jenen geringqualifizierten Problemgruppen, denen sie eigentlich helfen sollen.

In Frankreich etwa beträgt der gesetzliche Mindestlohn mit rund 1200 Euro im Monat rund die Hälfte eines durchschnittlichen Monatslohns. Vor allem für Berufsanfänger ist das oftmals zu viel – und so liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Paris oder Lyon deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

Wie wenig Mindestlöhne gegen den unbarmherzigen Druck globalisierter Arbeitsmärkte ausrichten können, zeigt nichts so deutlich wie die Erfahrung der deutschen Bauindustrie. Seit

bald zehn Jahren kämpft die Branche nun schon mit ihrem sogenannten Entsendegesetz und den darin vorgeschriebenen Mindestlöhnen gegen die Konkurrenz billiger Auslandsarbeitnehmer. Und seit zehn Jahren wird die Lage auf den Baustellen von Jahr zu Jahr schlimmer statt besser.

Fast 650 000 einheimische Baukräfte haben ihren Arbeitsplatz inzwischen verloren, dafür strömen jedes Jahr Tausende ausländischer Maurer oder Betongießer in die Bundesrepublik.

Die Entsanderegeln sind vor allem deshalb ein Flop, weil sie sich so lächerlich einfach umgehen lassen. Wie aus dem gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 10,36 Euro im Westen für Ungelernte 8 Euro werden? Erfahrene Bauunternehmer kennen die Tricks. Mal lassen sie ihre Malocher einfach 40 statt der offiziell angegebenen 35 Stunden schuften. Mal ziehen sie ihren polnischen oder rumänischen Gastarbeitern horrenden Mietkosten für das Etagenbett in der Baubaracke ab (siehe Seite 93).

Um die Mindestlöhne zu verteidigen, hat die Bundesregierung unter dem Druck von Bauindustrie und -gewerkschaft beinahe jährlich neue Initiativen, Programme und Aktionspläne gegen die illegale Beschäftigung gestartet: Bußgelder wurden erhöht und Haftungsbestimmungen verschärft, neue Kontrollvorschriften im Steuerrecht erlassen, die Planstellenzahlen der Zollbehörden aufgestockt.

Es hat alles nichts genutzt. Und seit im Zuge der Osterweiterung freiberufliche Fliesenleger oder Trockenbauer aus Posen,

Budweis und Bratislava ins Land strömen, ist ihr Kampf noch aussichtsloser.

Mindestlohn? Darüber können die mobilen Gewerbetreibenden nur lachen. Und auch die Regierung weiß, dass sie gegen die preiswerten Selbständigen aus den Beitrittsländern wenig in der Hand hat. Unternehmen könne schließlich „niemand verbieten, sich selbst auszubeuten“, räumt Staatssekretär Andres ein.

Den deutschen Schwarzarbeitbekämpfern bleibt vielfach nichts weiter übrig, als die neuen Verhältnisse achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen. Als Fahnder eines Branchenverbands jüngst zwei polnische Billigkräfte auf einer Baustelle bei Neuruppin ausfindig machten, setzten sich die illegalen Gastarbeiter umgehend über die Grenze ab.

Eine Woche später waren sie wieder da, diesmal mit einer Bescheinigung, die sie als selbständige Bauunternehmer auswies. „Solange in Europa Menschen mit fünf, sechs Euro Einkommen ihren Wohlstand mehren können, wird man mit keinen Kon-

trollen der Welt dagegen ankommen“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Bauunternehmer Peter Rauhen.

Zu verhindern ist es deshalb wohl nicht, dass immer mehr Billigarbeiter ins Land drängen. Aber man hätte den Zustrom besser regulieren und die schlimmsten Auswüchse verhindern können. Ein Jahr nach der Osterweiterung zeigt sich jedenfalls in deutschen Schlachthöfen und auf den Baustellen des Landes, dass die Politiker die Verträge allzu leichtfertig aushandelten.

Als Selbständige nämlich dürfen EU-Ausländer in Deutschland ihre Dienste anbieten, die meisten melden sich als Fliesenleger an, weil sie dafür keinen Meisterbrief brauchen. Regeln gibt es praktisch nicht. Den Gewerbeschein erhält auch, wer nicht die deutsche Sprache spricht oder, wie in Köln geschehen, eine so absurde Adresse wie „Werkstattstraße 0“ angibt. Tatsächlich sind viele, die sich hier verdingen, in Wirklichkeit Scheinselbständige.

Und die Billiglöhner in den Schlachthöfen sind oft nur zum Schein bei einer polnischen Firma angestellt, für die sie angeblich einen bestimmten Auftrag in Deutschland erledigen – dann wäre ihre Arbeit nämlich legal. Stattdessen arbeiten sie auf Anweisung des deutschen Arbeitgebers – dann ist ihre Arbeit illegal.

Legal, illegal, halb legal – die Grenzen verwischen, seit sich die Grenzen geöffnet haben. Die einen drängen rein, die anderen drängen raus. Und das alles mit wachsender Geschwindigkeit: Die Globalisierung schreitet immer schneller voran, viele können da nicht mithalten.

Die Entwicklung, die den deutschen Arbeitnehmern zu schaffen macht, hat kaum jemand so klar und wortmächtig geschildert wie der deutsche Philosoph Karl Marx. Der Kapitalismus, schrieb er im „Kommunistischen Manifest“, habe „durch die Exploitation des Weltmarkts“ der Industrie den „nationalen Boden unter den Füßen weggezogen“. Täglich würden „die uralten nationalen Industrien verdrängt durch neue Industrien“, und an die „Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit“ trete „ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander“.

Was Marx vor 150 Jahren nicht vorherseh: Die umstürzlerische Kraft der Globalisierung, die er so prophetisch beschworen hatte, schien für viele Jahrzehnte geradezu im Dienst der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeitnehmer zu stehen.

In Rekordzeit war das Land aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zur führenden Industrie- und Wirtschaftsmacht Europas aufgestiegen. Ob Autos, Maschinen oder Arzneimittel: In nahezu allen Industriebranchen eroberten Waren made in Germany führende Positionen auf den globalen Märkten und machten die deutschen Arbeitnehmer zur weltweit beneideten Avantgarde – die höchsten Löhne, die si-



CLARO CORTEZ / REUTERS

BMW-Arbeiter in China: Die Industrie wandert aus



Feierlichkeiten zur EU-Osterweiterung*: Beim Aushandeln der Verträge waren die Politiker allzu leichtfertig

chersten Arbeitsplätze, das dichteste soziale Netz. Noch in den späten siebziger Jahren galt Deutschland als Vorzeigebispiel einer Volkswirtschaft, in der es effizient und gerecht gleichermaßen zuzug.

Geradezu mustergültig bewältigte die Bundesrepublik lange Zeit auch den vom Welthandel ausgelösten Strukturwandel. Über fast ein Vierteljahrhundert konnten Deutschlands Arbeitnehmer sicher sein: Wer seinen Job etwa in der Landwirtschaft oder im Kohlebergbau verlor, weil die Arbeitsplätze ins Ausland abgewandert waren, hatte gute Chancen, wieder eine Stelle in expandierenden Branchen wie der Automobilindustrie oder dem Maschinenbau zu finden.

So weit war Deutschlands Wirtschaft den Wettbewerbern in Europa und den USA voraus, dass SPD-Kanzler Helmut Schmidt noch 1976 das „Modell Deutschland“ zum Slogan des Bundestagswahlkampfes machen konnte.

Der Sturz hätte tiefer kaum sein können. Wirtschaftswachstum, Pro-Kopf-Einkommen, Investitionen: Seit geraumer Zeit fällt das Land bei nahezu allen wichtigen Wirtschaftsdaten zurück – langsam zunächst, dann immer schneller und zuletzt für die Beschäftigten immer spürbarer. Hunderttausende verloren ihre Stellen, bei den Übrigen stagnieren seit zehn Jahren die realen Nettoeinkommen.

Die Entwicklung hat die Bundesbürger tief verunsichert und jene Fragen aufgeworfen, die der Münchner Ökonom Hans-

Werner Sinn jüngst als „das deutsche Rätsel“ bezeichnet hat. Wie kommt es, dass die Bundesrepublik gleichzeitig Exportweltmeister und Wachstums-Schlusslicht in Europa ist? Warum führen die Rekordgewinne deutscher Konzerne und die Spitzenstellung ganzer Branchen nicht zu mehr Investitionen und neuen Jobs? Wie ist zu erklären, dass die deutschen Unternehmen Arbeitsplätze vornehmlich im Ausland schaffen?

Die Antwort auf all diese Fragen liegt für Sinn auf der Hand. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat die Wettbewerbsverhältnisse für Deutschland radikal verändert.

Beinahe über Nacht erschloss sich den deutschen Unternehmen in unmittelbarer Nachbarschaft ein riesiges Reservoir gutausgebildeter Arbeitskräfte: hochmotiviert, fleißig, diszipliniert – und vor allem unschlagbar billig. Während eine durchschnittliche Facharbeiterstunde in Westdeutschland derzeit rund 27 Euro kostet, sind es in Polen, Tschechien oder Ungarn lediglich 3 bis 6 Euro, in Rumänien 2 und in der Ukraine gar nur ein Euro.

Es kam, was kommen musste: Wie Wasser ins Tal flossen bald Investitionen und Arbeitsplätze Richtung Osten. Zunächst wurden nur einige Zulieferproduktionen verlegt, später ganze Fertigungsstraßen und Fabriken, schließlich auch produktionsnahe Dienstleistungen wie Entwicklung, Design oder Marketing. Mit zuletzt mehr als vier Milliarden Euro jährlich ist Deutschland der größte Investor in Osteuropa, weit vor den USA, Großbritannien oder Frankreich.

Zugleich lockte das riesige Lohngefälle Millionen Osteuropäer auf die westlichen Arbeitsmärkte. Erst machten sich Hun-

dertausende polnische oder rumänische Bauarbeiter auf den Weg. Dann kamen Erntehelfer oder Pflegeschwestern aus Tschechien oder dem Baltikum. Jetzt ziehen Tausende angeblich oder tatsächlich selbständige Handwerker und Dienstleistungsanbieter in die europäischen Metropolen.

Der Transfer von Kapital und Menschen nutzte vielen: Die Osteuropäer durften sich nach 50 Jahren kommunistischer Mangelwirtschaft erstmals über steigenden Wohlstand freuen, die Unternehmen konnten mit Hilfe der Billigarbeiter aus Polen oder Tschechien ihre Produktionskosten senken, die heimischen Verbraucher profitierten von niedrigen Preisen.

Nur eine Gruppe profitierte nicht: die deutschen Arbeitnehmer.

Die Industrie hat seit Mitte der neunziger Jahre nach einer Berechnung des Münchner Ifo-Instituts knapp 1,3 Millionen Arbeitsplätze abgebaut, im Baugewerbe verloren Hunderttausende ihren Job.

Der Stellenschwund wäre nicht weiter schlimm, wenn die freigesetzten Beschäftigten neue, hochproduktive Beschäftigungen in zukunftsträchtigen Export- oder Dienstleistungsbranchen gefunden hätten. Doch das war nicht der Fall, wie die Ifo-Studie belegt. Die ausgemusterten Industriearbeiter wurden überwiegend zu Frührentnern, Arbeitslosen und Erwerbsunfähigen und taten bald gar nichts mehr.

Besonders hart wütete die Beschäftigungskrise in Ostdeutschland. Im Überschlag des Einheitsrausches und ohne Rücksicht auf die Produktivität hatten Politik und Tarifpartner die ostdeutschen Löhne im Eilverfahren an das Westniveau

* Mit dem tschechischen Premierminister Vladimír Špidla, Bundeskanzler Gerhard Schröder, dem polnischen Ministerpräsidenten Leszek Miller und EU-Kommissar Günter Verheugen am 1. Mai 2004 in Zittau.

Monatliche Mindestlöhne

branchenübergreifend, in Euro

Niederlande	1265
Frankreich	1197
Großbritannien	1197
Griechenland	668
USA	666
Spanien	598
Türkei	245
Ungarn	232
Polen	205
Slowakei	167

Quelle: Eurostat, Hans-Böckler-Stiftung

in Deutschland wurden mit dem Entsendegesetz nur für vier Branchen Mindestlöhne festgelegt, in Euro

Dachdecker, eine Lohngruppe, Gesamtdeutschland	1631
Bau, Hilfsarbeiter*	1513
Abbruch- und Abwrackgewerbe, Hilfskräfte*	1513
Maler und Lackierer, ungelernete Arbeiter*	1208

* Ostdeutschland

DER SPIEGEL

herangeführt – und der Region so eine schwere Hypothek auferlegt.

Zwischen den traditionellen Industriestandorten im Westen und den neuen Billiglohnländern in Osteuropa gerieten die neuen Länder bald in die Klemme. Warum, so fragten sich die Unternehmen, sollten sie in Dresden oder Rostock investieren, wo sie in Bratislava oder Budapest viel günstigere Bedingungen fanden?

So kam es, dass sich in neuen wie alten Ländern „Firmen und ihre Arbeitnehmer voneinander lösten“, wie Ifo-Chef Sinn beklagt. Die deutschen Unternehmen profitierten in den vergangenen Jahren zwar von einem glänzenden Auslandsgeschäft und scheffelten Rekordgewinne. Aber die dafür notwendigen Arbeitsplätze entstanden nicht zu Hause, sondern im billigeren Ausland.

Wie nie zuvor spaltete die Globalisierung die deutsche Arbeitnehmerschaft. Wurden die Vorteile des internationalen Handels in früheren Jahrzehnten einigermaßen gleichmäßig verteilt, gab es nun tiefe Risse und Verwerfungen zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern – und noch mehr Unsicherheit.

Wer heute noch einen gutbezahlten und wettbewerbsfähigen Job hat, kann nicht sicher sein, dass dieselbe Stelle nicht schon morgen nach Indien oder in die Ukraine verlagert wird – auch wenn er bei einem deutschen Traditionsunternehmen beschäftigt ist.

Siemens und SAP zum Beispiel meldeten jüngst, Hunderte Stellen für gutausgebildete Software-Entwickler in Indien zu schaffen. Das Land entwickelt sich immer mehr zur globalen Denkfabrik, die Produktion der zugehörigen Hardware findet zunehmend in China statt: Die beiden Konkurrenten sind auf dem Weg zu Wirtschaftssupermächten.

Im globalen Job-Roulette geraten die Besitzstände der deutschen Arbeitnehmer gewaltig unter Druck. Vor allem das sogenannte Normalarbeitsverhältnis mit Tarifbindung, 35-Stunden-Woche und Sozialversicherungspflicht droht zur Ausnahme für eine beständig schrumpfende Kernbelegschaft zu werden. Ob Siemens, Daimler oder BASF: Überall lassen die Konzerne inzwischen einen wachsenden Teil der Arbeit von Leih- und Werkvertragsarbeitnehmern oder befristet Beschäftigten erledigen.

Einen weiteren Schub für sogenannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse brachten die Hartz-Reformen mit ihrem ganzen Arsenal an Mini-Jobs, Ich-AGs, subventionierter Leiharbeit oder Ein-Euro-Jobs. Kein Wunder, dass allein der Anteil geringfügig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse mittlerweile fast ein Fünftel aller Beschäftigungsverhältnisse ausmacht, ein historischer Höchststand.

Doch selbst wer das Glück hat, in einem regulären Beschäftigungsverhältnis zu arbeiten, musste sich in den vergangenen Jahren mit Einschnitten abfinden. Nur wenige Jahre ist es her, da genossen Tarifverträge in Deutschland nahezu Gesetzeskraft. Wenn von den Lohnverein-

barungen abgewichen wurde, dann in der Regel nach oben: Mit sogenannten übertariflichen Leistungen trieben nicht wenige Unternehmen ihre tatsächlichen Gehälter über die branchenweiten Lohnabkommen hinaus.

Das hat sich geändert. In der Landwirtschaft, dem Gartenbau, zahlreichen Handwerksbranchen sowie der Systemgastronomie werden kaum noch neue Tarifverträge abgeschlossen. In Branchen wie dem Einzelhandel werden Tarifverträge mittlerweile häufig missachtet.

Selbst in der Metallindustrie, dem am straffsten organisierten Wirtschaftszweig der Republik, stehen die Regeln vielfach nur noch auf dem Papier. Ein gutes Drittel der Betriebe hat den Arbeitgeberverbänden und damit dem Flächentarifvertrag bereits den Rücken gekehrt. Und wer noch im Tarifverband bleibt, versucht zumeist, eine der zahlreichen Öffnungs- oder Härtefallklauseln zu nutzen. Allein im vergangenen Jahr, so zeigt die Statistik des gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), haben knapp 400 Metallbetriebe abweichende Tarifregelungen ausgehandelt, in 70 Prozent der Fälle Verschlechterungen.

In den Handy-Werken von Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort beispielsweise drückte die Unternehmensleitung die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich durch. Bei Daimler-Chrysler werden die Entgelte neuer Beschäftigter vom nächsten Jahr an um acht Prozent abgesenkt. Bei VW in Hannover will Personalchef Peter Hartz die Personalkosten innerhalb der nächsten fünf Jahre um 30 Prozent senken.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, verwiesen die Unternehmen stets auf die niedrigeren Kosten im Ausland: Entweder die Gewerkschaft stimmt den geforderten Tarifsenkungen zu, oder es werden Tausende Stellen nach Osteuropa verlagert.

Den Drohungen beugte sich zumeist selbst die kampfstärke IG Metall. Nach anfänglichen Protesten der Belegschaft endeten die Konflikte fast immer mit der vollständigen Niederlage der Gewerkschaft. So breitflächig wird der Tarifvertrag mittlerweile unterlaufen, dass selbst das WSI



GEORG SCHÖNHARTING

Textilservice-Fahrer Radke
In Polen gewaschen



JORG MODROW / LAIF

Containerumschlag (im Hamburger Hafen): Exportweltmeister und Wachstumsschluslicht

von „zunehmenden Zweifeln an der Überlebensfähigkeit des deutschen Tarifmodells“ spricht.

Wie tief die Einschnitte waren, belegte die Einkommensstatistik des vergangenen Jahres. So hätten die Bruttolöhne der Beschäftigten 2004 nach den Tarifvereinbarungen um rund zwei Prozent zulegen müssen. Tatsächlich stiegen sie lediglich um 0,1 Prozent.

Löhne sind für die Unternehmen vor allem Kosten. Die gilt es um jeden Preis zu senken, um im globalen Wettbewerb zu bestehen und den Anforderungen der internationalen Finanzmärkte zu genügen. Und die fordern vor allem hohe Gewinne. Denn mit der Globalisierung haben sich nicht nur die weltweiten Produktionsmöglichkeiten verändert, verschärft hat sich auch der Druck auf die Konzerne.

Das alte Modell der Deutschland AG hat ausgedient. Es verband die großen Industrie- und Finanzkonzerne durch ein dichtgesponnenes Netz gegenseitiger – auch personeller – Verflechtungen. Man stützte und schützte sich, zum Beispiel vor feindlichen Übernahmen: Noch 1991 verhinderten die Banken eine Übernahme des Reifenherstellers Continental durch seinen italienischen Konkurrenten Pirelli.

Im Jahr 2000 regte sich keine Hand, als Vodafone den deutschen Mannesmann-Konzern schluckte, obwohl die Deutsche Bank, die einst für Conti gekämpft hatte, im Aufsichtsrat vertreten war. Was war geschehen?

Die Banken hatten in der Zwischenzeit ihre Politik geändert, die Deutsche Bank vorneweg. Sie orientierten sich zunehmend am amerikanischen Investmentbanking, das

höhere Renditen versprach als das klassische Kreditgeschäft. Ihre Unternehmensbeteiligungen waren dabei nur hinderlich, sie wurden nach und nach verkauft.

Ohne diesen Schutz aber müssen die Konzerne Gewinne erzielen, wie sie im internationalen Geschäft üblich sind: Wer im Shareholder-Kapitalismus zu wenig Profit macht, wird an den internationalen Finanzmärkten durch Kapitalentzug abgestraft: Der Aktienkurs sinkt und damit der Preis, den ein potentieller Aufkäufer zahlen muss.

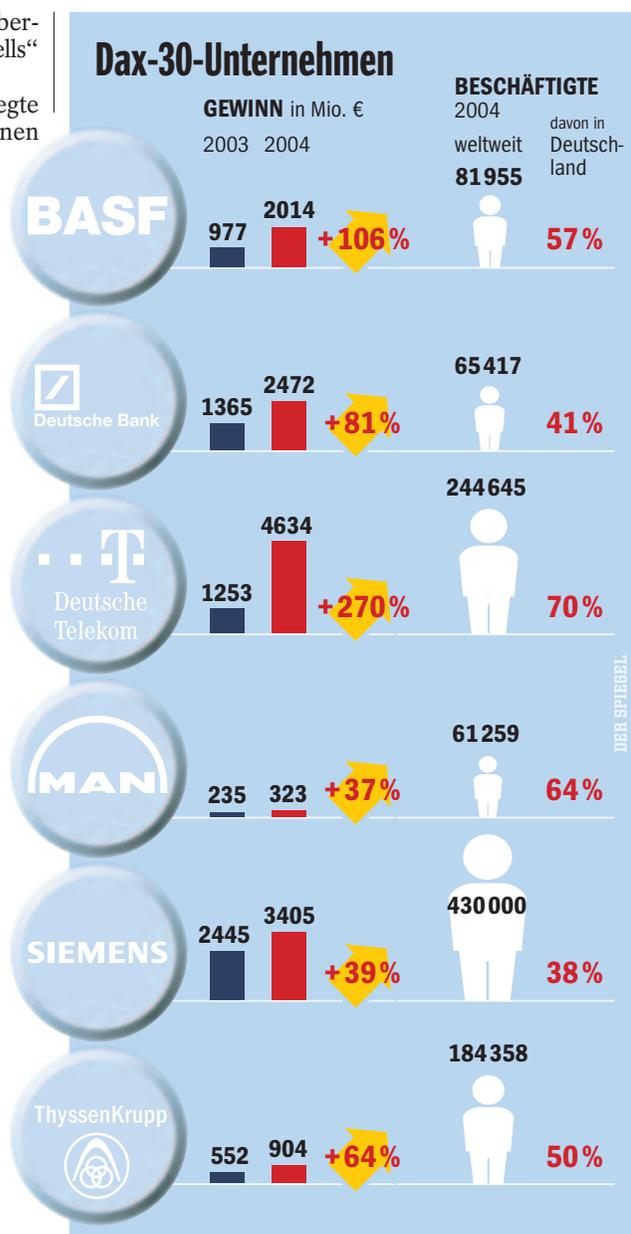
Selbst die einst so mächtige Deutsche Bank ist inzwischen ein denkbares Übernahmeopfer. Bank-Chef Josef Ackermann müht sich geradezu verzweifelt, eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent zu erzielen und damit den Aktienkurs zu steigern. Nur so, glaubt er, kann die Bank als selbständiges Finanzinstitut überleben.

Obwohl der Gewinn der Bank im Jahr 2004 auf knapp 2,5 Milliarden Euro stieg, kündigte er die Entlassung von weltweit weiteren 6400 Mitarbeitern an. Ackermann bezeichnet sein Verhalten als absolut notwendig, Müntefering hält es für unethisch.

Die 30 im Deutschen Aktienindex Dax versammelten Konzerne konnten ihre Profite im vergangenen Jahr insgesamt um 88 Prozent steigern. Einige, wie BMW, Continental oder BASF, erzielten sogar Rekordgewinne. Auf den Hauptversammlungen, die derzeit stattfinden, präsentieren die Unternehmen ihren Aktionären „Goldene Bilanzen“ („Börsen-Zeitung“). Gleichzeitig sinken bei vielen die Beschäftigtenzahlen, vor allem im Inland.

Zum Beispiel bei Conti: Wenn Konzernchef Manfred Wennemer gefragt wird, ob der Automobilzulieferer ein Globalisierungsgewinner ist, dann gibt es für ihn nur eine Antwort: „Ja.“ Die Globalisierung, sagt er, habe „der Conti viele Vorteile geboten“.

2001 noch steckte das Unternehmen in der Verlustzone. Wennemer schloss unrentable Werke, verlagerte Teile der Produktion in Niedriglohnländer und handelte mit den Betriebsräten des Stammwerks Hannover aus, dass die Belegschaft für den gleichen Lohn länger arbeiten muss. Jetzt konnte Wennemer seinen Aktionären, die sich bereits seit zwei Jahren über steigende Kurse freuen, einen Rekordgewinn präsentieren. 2005





FRANK OSSENBRINK (L.); GÜNTER MEIER / NORDIGFOTO (R.)

Konzernchefs Wiedeking, Hainer: „Wir verarmen, wenn wir asiatisch werden wollen“

will er das Ergebnis noch einmal überbieten. Die Fabriken sind voll ausgelastet, Conti kann gar nicht so viele Reifen produzieren, wie das Unternehmen verkaufen könnte. Deshalb will Wennemer neue Mitarbeiter einstellen, allerdings in Osteuropa, Asien und Südamerika. In Deutschland dagegen werden weitere Stellen abgebaut, 2005 sollen 1000 Jobs gestrichen werden.

Ist der Conti-Boss deshalb, wie SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter sagt, ein „vaterlandsloser Geselle“?

Wennemer ist zunächst einmal ein Getriebener. Die großen Abnehmer, die Autoindustrie, fordern jährlich sinkende Preise. In der Reifenfertigung machen Löhne in Westeuropa 30 Prozent der gesamten Kosten aus, in Rumänien nur 10 Prozent. Diese Fertigung wird zunehmend verlagert. Andere Produktionen mit einem geringen Lohnkostenanteil, wie die des Anti-Schleudersystems ESP, werden dagegen in Deutschland bleiben.

Doch bei Conti sind die deutschen Fabriken und ihre Mitarbeiter keineswegs nur Verlierer der Globalisierung. Mitunter sichern die Fabriken in Osteuropa auch Jobs in Deutschland. Die Produktion von Bremskraftverstärkern beispielsweise ist aufgeteilt: Die maschinelle Bearbeitung wird in Deutschland erledigt, die arbeitsintensive Montage in der Tschechischen Republik. „Nur diese Symbiose“, sagt Wennemer, „hat uns die Chance gegeben, die Arbeitsplätze in Gifhorn zu halten.“

Zum Beispiel Adidas, das Mustertextemplar eines globalen Unternehmens: Herzogenaurach, wo die Marke einst erfunden wurde, ist zwar noch immer Stammsitz des Konzerns und wird es nach Ansicht

des Vorstandschefs Herbert Hainer auch bleiben. Aber der weltweite Einkauf wird in Hongkong erledigt, das Marketing in Amsterdam, der Großteil der Produktentwicklung im amerikanischen Portland und das Design unter anderem in Tokio und New York. Hergestellt werden die Schuhe und Trikots zu 95 Prozent in Asien.

Adidas-Chef Hainer schimpft zwar über hohe Löhne und niedrige Arbeitszeiten in Deutschland. „Wir werden wieder mehr arbeiten müssen“, sagt er. „Mit 6 Wochen Urlaub, 14 Feiertagen und einer 35-Stunden-Woche sind wir nicht konkurrenzfähig.“ Aber auch bei 4 Wochen Urlaub und einer 45-Stunden-Woche würde der Adidas-Chef wohl kaum eine Massenfertigung von Sportschuhen in Deutschland aufziehen. Mit chinesischen Löhnen und Arbeitszeiten können deutsche Arbeiter einfach nicht konkurrieren.

Dennoch zeigt Adidas, dass Global Player mit Sitz in Deutschland auch hierzulande neue Jobs schaffen können, wenn sie erfolgreich sind. In den vergangenen zehn Jahren hat der Sportartikelhersteller die Zahl seiner Beschäftigten in Deutschland von 1200 auf 2580 mehr als verdoppelt. In diesem Jahr sollen nochmals 150 Stellen, vor allem im Marketing und Vertrieb, dazukommen.

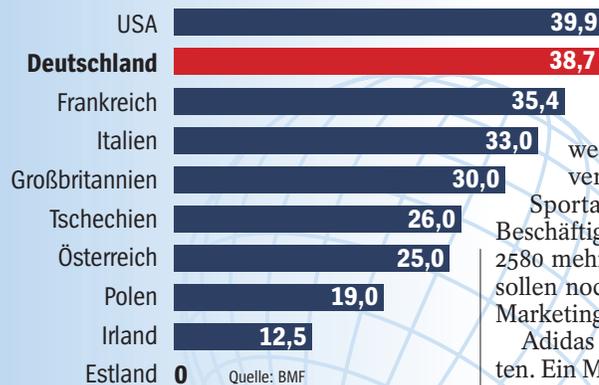
Adidas und Conti sind Erfolgsgeschichten. Ein Modell für Deutschland kann Adidas jedoch nicht sein, nur von Marketing und Vertrieb kann eine Volkswirtschaft nicht leben. Und bei Conti macht die Verlagerung die Arbeitsplätze im Land zwar sicherer, aber die werden tendenziell immer weniger, neue entstehen jenseits der Grenzen.

Die Konzerne investieren vor allem im Ausland, und dort zahlen sie auch einen Großteil ihrer Steuern. Gerade die neuen EU-Länder in Osteuropa werben mit niedrigen Steuersätzen um Investoren aus den alten EU-Ländern. Dass die Konzerne die Kosten der Verlagerung auch noch in Deutschland von der Steuer absetzen können, wundert dabei fast schon niemanden mehr.

Der Staat muss die wachsende Arbeitslosigkeit finanzieren, aber seine Einnah-

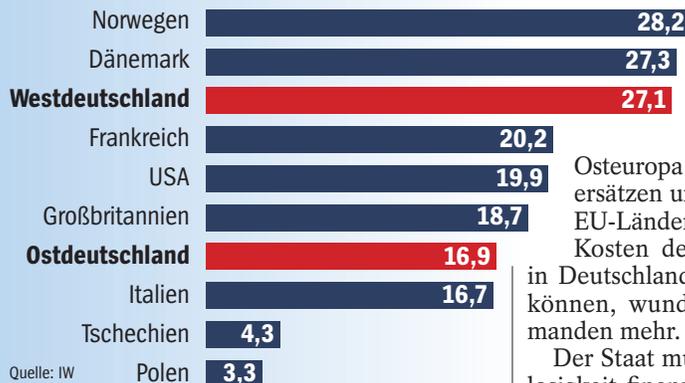
Hohe Steuern ...

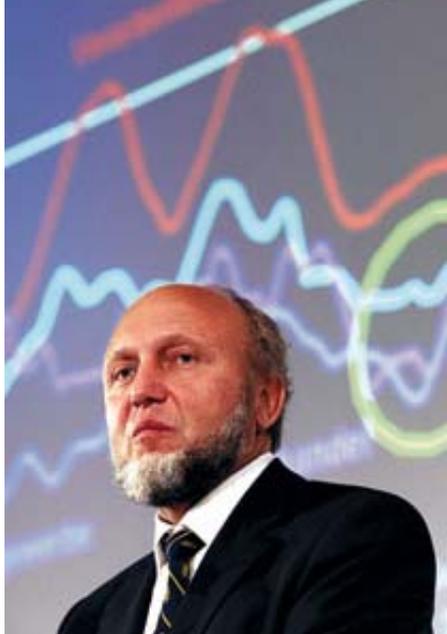
Unternehmenssteuersätze 2005 in Prozent



... hohe Lohnkosten

Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe je Stunde in Euro, 2003





FALK HEILER / ARGUM

Wirtschaftswissenschaftler Sinn
„Die Löhne gleichen sich an“

men schrumpfen. Ist auch er ein Opfer der Globalisierung?

Nach der klassischen Theorie des Freihandels kann das nicht sein. Vor rund 200 Jahren entwickelte David Ricardo das Theorem der komparativen Kostenvorteile: Wenn zwei Länder zwei Güter produzieren, ist es, so die Theorie, für beide vorteilhaft, sich auf die Produktion jenes Gutes zu konzentrieren, das es am günstigsten herstellen kann, um es anschließend zu tauschen. Das erhöhe den Wohlstand beider Nationen.

Im vergangenen Jahr erregte der Nobelpreisträger Paul Samuelson, 89, weltweit Aufsehen, als er dieser bis dahin in der Fachwelt unumstrittenen Theorie widersprach. In Zukunft, behauptete er, werden nicht mehr alle Länder von der Globalisierung profitieren, weil Niedriglohnländer wie China zunehmend auch technologisch aufholen und die Industrieländer auch bei Qualitätsprodukten angriffen. Das drücke die Preise dieser Güter und vermindere die Handelsvorteile der Industrieländer.

In Deutschland sprang ihm Ifo-Präsident Sinn zur Seite – wenn auch mit ganz an-

deren Argumenten. Arbeitslosigkeit, so Sinn, sei in jenen Lehrbuchmodellen, die Handelsgewinne aus der Spezialisierung versprechen, nicht vorgesehen. Stattdessen gehen diese von völlig flexiblen Löhnen aus.

„Dass die Chinesen, Polen und Tschechen anstelle deutscher Arbeiter die einfache Industriearbeit erledigen, mag für sich genommen einleuchten“, meint der Ifo-Chef, „nicht aber, dass diese Arbeiter anschließend nichts mehr tun und im Zweifel vom Sozialstaat ihr Geld bekommen.“

Der streitbare Ökonom hält es deshalb für unumgänglich, dass die Löhne in Deutschland tendenziell sinken, in Osteuropa tendenziell steigen. Je stärker dieser Prozess behindert werde, desto höher falle die Arbeitslosigkeit aus.

„Die Globalisierung schafft einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, die Löhne gleichen sich an“, glaubt Sinn. „Gegen dieses Gesetz ist die Politik machtlos.“

„Wir verarmen, wenn wir asiatisch werden wollen“, hält ihm Porsche-Chef Wendelin Wiedeking entgegen. „Mit welchem Geld“, fragt er, „soll der deutsche Arbeitnehmer dann konsumieren?“

Recht haben beide. Ganz abgesehen davon, dass Wiedeking seinen Gewinnbringer Cayenne zum größten Teil in Bratislava fertigen lässt: Produkte, die – wie Porsche-Autos – auf Qualität und Technik setzen, erzielen so hohe Preise, dass die Lohnkosten kein Problem sind. Gerade in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit den wohl höchsten Löhnen, sitzen viele besonders erfolgreiche Unternehmen.

Zum Beispiel der Maschinenbauer Trumpf: Als der heutige Chef Berthold Leibinger Ende der sechziger Jahre die Leitung der Entwicklungsabteilung übernahm, beschäftigte das Unternehmen 180 Mitarbeiter, heute sind es rund 6000. Sie entwickeln und bauen Metallverarbeitungs- und Lasersysteme für die Fertigungstechnik. „Wir leben von der Innovation“, sagt Leibinger. „Wir müssen so viel besser sein, wie wir teurer sind.“

Noch hat Deutschland viele Standortvorteile: die Ausbildung der Arbeiter, die Infrastruktur, das Rechtssystem, innovative Unternehmen.

Aber die Konkurrenz schläft nicht, die anderen holen auf. Die Qualität kann nicht schlechter sein, wenn der Cayenne in Bratislava gefertigt wird. Und China investiert verstärkt in die Bildung und Ausbildung seiner Jugend.

„Die Distanz wird kürzer“, sagt der neue Siemens-Chef Klaus Kleinfeld. Er will die Innovationsgeschwindigkeit erhöhen und eine Hochleistungskultur schaffen.

Ein Teil der Produkte ist aber auch bei Siemens Massenware, und da muss auch der Neue vor allem Kosten senken – wenn es sein muss durch die Androhung einer Verlagerung wie bei VDO in Würzburg.

„Große Automobilkonzerne wie Peugeot, Toyota oder Fiat verlangen von uns Jahr für Jahr Preisnachlässe von drei bis fünf Prozent“, rechtfertigte ein VDO-Sprecher den Vorstoß der Geschäftsleitung. Durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen seien die geforderten Rabatte künftig nicht mehr zu erwirtschaften, da die Anlagen ohnehin schon weitgehend automatisiert wurden.

Die VDO-Mitarbeiter setzten sich zur Wehr. Sie bildeten eine Menschenkette um ihre gefährdete Fabrik, um die Republik aufzurütteln. Und sie wählten eine eigene Tarifkommission für ihren Betrieb, um streiken zu können, wenn der Konzern nicht doch noch einlenkt.

Am Freitag vergangener Woche hatten sie ihr Ziel erreicht – teilweise zumindest. Betriebsrat und Geschäftsleitung einigten sich auf ein Standortsicherungsabkommen, der Standort Würzburg soll dauerhaft erhalten bleiben.

Natürlich müssen die Beschäftigten Opfer bringen. Aber die Verlierer der Globalisierung konnten sich ein bisschen wie Sieger fühlen.

CHRISTINE BÖHRINGER,
 DINAH DECKSTEIN, DIETMAR HAWRANEK,
 HENRYK HIELSCHER, ARMIN MAHLER,
 CLAAS PIEPER, MICHAEL SAUGA



Demonstrierende VDO-Mitarbeiter in Würzburg



Baustellen-Kontrolle (in Frankfurt am Main)
An der Realität vorbei

schen im Bauhauptgewerbe, 1995 waren es in ganz Deutschland sogar 1,412 Millionen. Heute sind nicht einmal mehr 800 000 übrig geblieben. Kein anderer Wirtschaftszweig hat in den vergangenen Jahren so viele Beschäftigte entlassen. Das lange Sterben des deutschen Bauarbeiters hat begonnen.

Der Einmarsch von Billiganbietern aus Osteuropa hat die Entwicklung enorm beschleunigt. Dubiose Subunternehmen vermitteln arbeitssuchende Polen und Rumänen auf deutsche Baustellen.

Für solche Fälle gibt es eigentlich das „Entsendegesetz“, das vorschreibt, dass Arbeitgeber ausländische Mitarbeiter nicht unter dem deutschen Tarif-Mindestlohn bezahlen dürfen. Es ist ein schönes Gesetz, das neuerdings auch Vorbild für andere Branchen sein soll. Es ist ein gutgemeintes Gesetz. Es hat nur mit der Realität nicht allzu viel zu tun, denn an wirksamen Kontrollen hapert es. Die seien, sagen alle Experten, unmöglich.

So eindeutig die Richtlinie ist, so vielseitig sind auch die Möglichkeiten, sie zu umgehen. Mal schuffen die Angestellten heimlich 16 statt 8 Stunden am Tag. Mal müssen sie schon vor Arbeitsbeginn unterschreiben, den vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten zu haben. Im Idealfall besitzt der Subunternehmer eine Vollmacht über die Konten seiner Arbeiter in der Heimat – und hebt dort den ordnungsgemäß überwiesenen Lohn am Monatsende einfach selbst wieder ab.

Um diesen Machenschaften entgegenzutreten, hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) im vergangenen Jahr eine eigene Interessenvertretung für die ausländischen Beschäftigten initiiert: den Europäischen Verband der Wanderarbeiter. Über 500 Mitglieder hat der Verband inzwischen. Die meisten sind Polen, dazu Ungarn, Rumänen, Bulgaren. Ihnen will die Gewerkschaft zu ihrer recht-

Bauarbeiter a. D.

Das „Entsendegesetz“ sollte das deutsche Baugewerbe retten.
Doch die Vorschrift wird längst ausgehebelt:
Der Phantasie der Trickser sind keine Grenzen gesetzt.

Auf 21 000 Quadratmetern kann Bernhard Köthenbürger den Niedergang der deutschen Bauwirtschaft besichtigen. Dazu muss er sich nur all die Kräne und Bauwagen, Hochbaustützen und Schalungselemente anschauen, die er auf seinem Betriebsgelände deponiert hat.

„In guten Zeiten stand hier nichts“, sagt der Unternehmer aus dem ostwestfälischen Paderborn. „Da war alles auf den Baustellen.“ 2,5 Millionen Euro sei der Rest der Firma jetzt noch wert, sagt sein Geschäftsführer Reiner Glowienka. 1,2 Millionen, sagen die Banken.

„Wir haben in den letzten vier Jahren praktisch keinen Gewinn mehr gemacht“, bilanziert Glowienka. „Der Preiskampf ist mörderisch.“ Am Ende wollten die Banken kein Geld mehr geben. Köthenbürger mel-

dete am 10. Februar Insolvenz an. In guten Zeiten hatte er über 400 Mitarbeiter. Nun will sein Partner Glowienka in einer Aufangesellschaft drei Dutzend Leute weiterbeschäftigen.

Die guten Zeiten sind für alle deutschen Bauarbeiter schon lange vorbei: Im elften Jahr in Folge rauscht die Branche inzwischen abwärts. Ein Ende ist nicht abzusehen. Zwischen 1995 und 2003 sank die Zahl der Auftragseingänge um rund 41 Prozent. Das Bauvolumen verringerte sich im gleichen Zeitraum um gut 30 Prozent. Ihren dramatischsten Ausdruck aber findet die Krise im Rückgang der Beschäftigtenzahlen, die sich binnen weniger Jahre nahezu halbiert haben.

Allein im Westen der Republik arbeiteten 1988 noch knapp eine Million Men-



ANDREAS VARNHORN